

Stellungnahme

Internationales und interdisziplinäres Kolloquium zur Aufarbeitung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie aufgrund politischer Entscheidungen

Ensdorf, 20.April.2020

Verfasst von: Maria Köhler (Diplom-Sozialarbeiterin / Diplom-Pädagogin) Mitglied im DBSH Landesverband Saar

Pandemien mit ihren länderübergreifenden Auswirkungen stellen Gesellschaften in allen Bereichen vor riesige Herausforderungen. Legislative, Exekutive, Judikative, Regierungs- wie Nichtregierungsorganisationen sowie Fachgesellschaften und Berufsverbände sind als einzelne überfordert, der Coronakrise Herr zu werden. Es braucht internationale und interdisziplinäre Debatten und Entscheidungen über den künftigen Umgang mit einer Pandemie. Vorurteile, Konkurrenzverhalten, Manipulationen, Eigennutz, Drohungen und Gewalt sind fehl am Platz. Hingegen führen Strategien, welche auf Offenheit, Mündigkeit, Aufklärung und Verantwortung als Ausdruck gelebter Demokratie beruhen, eher zur Überwindung der Krise.

Deshalb plädiere ich für ein internationales und interdisziplinäres Kolloquium zum Thema ‚Corona-Pandemie und Gesellschaft‘, in welchem alle Wissenschaften sowie interessierte BürgerInnen, die einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie sowie der Vermeidung und Minderung ihrer schädlichen Auswirkungen leisten können, vertreten sind, denn eine solche Krise bedarf einer langfristigen, alle gesellschaftliche Gruppen umfassenden Aufklärung und Akzeptanz.

Weitreichende Entscheidungen sollten lange vor ihrem Eintreten auf breiter Basis gefällt werden, denn unter Zeitdruck werden leicht demokratische Werte infrage gestellt und totalitären Strukturen Tür und Tor geöffnet. Selbst bei einer guten und langfristigen Planung werden Ad-hoc-Entscheidungen notwendig sein.

Folgende Probleme sollten ihrer Dringlichkeit gemäß (nach dem jetzigen Wissensstand über die Corona-Pandemie) behandelt und brauchbare Entscheidungen gefällt werden:

1. Lückenlose Aufklärung über nationale und internationale Pandemiebekämpfungspläne und deren Umsetzung während der vergangenen Jahrzehnte
2. Solide wissenschaftliche Grundlagen als Basis für transparente politische Entscheidungen

3. Einschränkungen von Grundrechten
 - Schutz der BürgerInnen vor staatlichen Übergriffen (Art. 19, Abs. 4 GG)
 - Selektive Anwendung von Grundrechten
 - Überprüfung der Verhältnismäßigkeit der Mittel
 - Einschränkungen von Einrichtungen der Bildung, Erziehung, Betreuung, Pflege, Forensik usw.
 - Alternativen zu Grundrechtseinschränkungen
4. Altersdiskriminierung, insbesondere in Alteneinrichtungen
 - Hospitalisierung
 - Freiheit und Bindung
 - Nähe und Distanz
 - Verstärkung vorhandener Vorurteile gegenüber älteren Menschen
 - Gesellschaftliche Randständigkeit
 - Umgang mit kritischen Lebensereignissen, z. B. im Todesfall
5. Positionen anderer Wissenschaften beachten
Neben der Medizin, Virologie, Politik, Jura sind dies u. a.
Psychologie, (Sozial-)Pädagogik, Soziale Arbeit, Soziologie, Wirtschaft, Geschichte, Gerontologie,
Ethik und Theologie.
6. Missbrauch der Sprache durch Ersatz von Begriffen zum Verdrehen der Realität, z. B.
 - schützen - einsperren
 - Verantwortung – Entmündigung
 - Einsicht - Manipulation / Verdummung
7. Ethische Verantwortung in der Krise
8. Aufgaben von Massenmedien in Krisenzeiten
9. Vergleich des Handelns der Exekutive von demokratischen gegenüber totalitären Staaten im
Krisenfall
10. Stärkung von Resilienz (Widerstandsfähigkeit) der Bevölkerung
in allen Lebensphasen im Umgang mit kritischen Lebensereignissen
11. Faktische Aussetzung des Teilhabegesetzes für Behinderte

Ensdorf, 20. April 2020

Maria Köhler
Diplom-Sozialarbeiterin
Diplom-Pädagogin

Ginsterweg 1
66806 Ensdorf
mariakoehler46@gmx.de